



Hörbar stark. Sichtbar wirksam.

Landesdelegiertentag 2022



Offene Worte

Statements der Vorsitzenden
von CDU, FDP, SPD und
Bündnis 90/Die Grünen
zur Zukunft der Polizei

Klare Ziele

Arbeitsschwerpunkte der GdP
für die nächsten Jahre

Starke Bilanz

Bilder und Ereignisse, die nachwirken



**Gewerkschaft
der Polizei NRW**

Hörbar stark. Sichtbar wirksam.

Landesdelegiertentag 2022



Innere Sicherheit spielt wieder eine Rolle Darauf können wir stolz sein

Landesvorsitzender Michael Mertens zu den Erwartungen und Zukunftsentwürfen der GdP

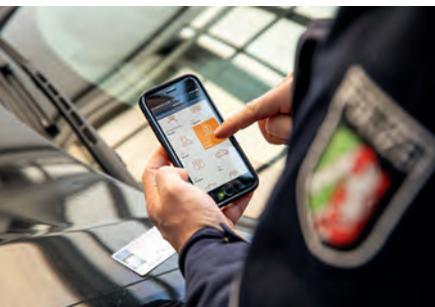
Seite 3



Klare Bekenntnisse

Grußworte der Vorsitzenden der CDU, Ministerpräsident Hendrik Wüst, der SPD, Thomas Kutschaty, der FDP, Joachim Stamp, und von Bündnis 90/Die Grünen, Mona Neubaur

Seite 4



Zukunft gestalten

Wofür soll sich die GdP in den nächsten Jahren stark machen? Was will sie für ihre 46 000 Mitglieder erreichen? Und für die Innere Sicherheit? Fast 300 Anträge für den Landesdelegiertentag geben darauf eine Antwort.

Seite 8



Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Bilder und Ereignisse, die im kollektiven Gedächtnis nachwirken. Und die zeigen, dass wir etwas bewegen.

Seite 12



Jetzt geht's los!

Bei der GdP stehen die Mitglieder im Vordergrund. In einem Film direkt zu Beginn des Landesdelegiertentags sagen sie, welche Themen, Erfahrungen und Erwartungen für sie wichtig sind.

Seite 18



Innere Sicherheit spielt wieder eine Rolle Darauf können wir stolz sein

von **Michael Mertens**
Landesvorsitzender der GdP

Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Fragen der Inneren Sicherheit, der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei spielen wieder eine Rolle. Endlich werden so viele junge Menschen bei der Polizei eingestellt, dass wir langsam von einer echten Verstärkung sprechen können. Endlich bekommen wir die Ausrüstung, die wir für eine erfolgreiche Arbeit brauchen. Endlich sind Digitalisierung und Homeoffice auch bei der Polizei keine Fremdwörter mehr.
Dafür haben wir lange gekämpft. Deshalb haben wir unseren heute beginnenden Landesdelegiertentag ganz bewusst unter das Motto „Hörbar stark. Sichtbar wirksam.“ gestellt. Denn es war die GdP, die viele Entwicklungen bei der Polizei erst angestoßen hat – vom personellen Wiederaufbau bis Anschaffung einer modernen, zeitgemäßen Ausrüstung. Deshalb gilt die GdP nicht nur innerhalb der Polizei, sondern auch in der Öffentlichkeit zu Recht als entscheidender Akteur, wenn es um Fragen der Inneren Sicherheit und um die Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen bei der Polizei geht.
Dass die GdP bei der Polizei eine herausragende Rolle spielt, ist nicht nur der Arbeit des Vorstands zu verdanken, sondern vor allem der Arbeit der vielen aktiven Mitglieder vor Ort. Denn Wahlen werden vor Ort gewonnen. Und das gilt genauso für die Gewinnung neuer und die Bindung alter Mitglieder. Dass wir heute in NRW 46 000 Mitglieder haben – 4 000 mehr als noch bei unserem letzten Delegiertentag – ist deshalb vor allem euer Erfolg! Und das gilt erst recht für den historischen Wahlsieg, den wir im vergangenen Jahr bei den Personalratswahlen errungen haben. Wir haben lange dafür gekämpft, dass ganz NRW grün wird – jetzt ist es Wirklichkeit geworden!
Für mich ist unser historischer Wahlsieg vor allem ein Auftrag. Eine Verpflichtung, dass wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass der personelle Wiederaufbau und die Modernisierung der Polizei vorangetrieben werden. Und dass es endlich bessere Aufstiegschancen gibt! Auch dann, wenn in Zukunft die öffentlichen Mittel wieder knapper werden sollten, weil andere Themen in den Vordergrund drängen – von den Folgen des Ukraine-Kriegs bis zur Energiewende. Denn beim Wiederaufbau der Polizei ist in den vergangenen Jahren zwar viel in Bewegung gekommen – aber wir haben noch immer eine weite Strecke vor uns.
Lasst uns dafür auf unserem Landesdelegiertentag ein starkes Signal setzen!



Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel

von **Hendrik Wüst** MdL,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Landesvorsitzender der CDU

Liebe Mitglieder der GdP,

Dank Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst ist Nordrhein-Westfalen so sicher wie seit 35 Jahren nicht mehr. Dafür sage ich Ihnen von Herzen Danke.

Die Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren eine konsequente Null-Toleranz-Linie gegen Kriminalität aller Art durchgesetzt. Das geht nur mit engagierten und motivierten Polizistinnen und Polizisten. Deshalb haben wir fünfmal in Folge den Etat für die Polizeiarbeit erhöht und von 2017 bis 2022 über 15 000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir wollen, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten von heute rund 40 000 auf mindestens 45 000 steigt. Dafür werden wir 3 000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr in Ausbildung nehmen.

Um Verbrechen erfolgreich aufzuklären, müssen die Sicherheitsbehörden technisch mindestens auf Augenhöhe mit Straftätern agieren können. Wir werden daher weiter in die Verbesserung der Hardware und in die Modernisierung der IT-Technik investieren.

Maximale Sicherheit für die Menschen und null Toleranz für Kriminelle gilt für uns auch im Netz. Damit Cyberkriminalität wirksam bekämpft werden kann, werden wir die Aus- und Fortbildung wo nötig überprüfen und verbessern. Wir wollen auf Cyberkriminalität spezialisierte Polizisten, die sich umfassend um Kriminalität im Internet kümmern, von Hasskriminalität über Betrugsfälle bis hin zu Straftaten im Darknet. Außerdem werden wir das Cybercrime-Kompetenzzentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.

Und wir werden weiter an der Attraktivität des Berufes arbeiten. Zum Beispiel durch eine Professionalisierung des Gesundheitsmanagements in den Polizeibehörden und die Verbesserung der Unterstützung nach belastenden Einsätzen. Dazu gehört aber auch eine härtere Bestrafung von Angriffen auf Einsatzkräfte und eine gute Schutzausrüstung. Bis Ende 2025 werden wir deshalb den Wach- und Wechseldienst mit Bodycams und Tasern ausstatten.

Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel. In den kommenden Jahren wird die Innere Sicherheit weiterhin Schwerpunktthema unserer Landespolitik bleiben – darauf können Sie sich verlassen.

Für den heutigen Landesdelegiertentag wünsche ich Ihnen gute Beratungen!

Mit großem Dank für Ihren täglichen Einsatz grüßt
Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL



In einer zunehmend digitalisierten Welt darf die Polizei nicht hinterherhinken

von **Thomas Kutschaty**
Landesvorsitzender der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GdP, öffentliche Sicherheit ist ein ur-sozialdemokratisches Thema. Denn die Wahrung der öffentlichen Ordnung und der Schutz vor Kriminalität sind Gebote der sozialen Gerechtigkeit. Gerade Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sind auf funktionierende staatliche Sicherheits- und Ordnungsstrukturen angewiesen. Sie haben nicht die Mittel, privat in ihre Sicherheit zu investieren. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, um mich für Ihre wichtige Arbeit herzlich zu bedanken. Gerade die letzten Monate haben uns einmal mehr gezeigt, dass Zusammenhalt aus gegenseitigem Respekt erwächst. Auftrumpfende Regelbrüche und gezielte Respektlosigkeiten gegenüber der Polizei, Rettungskräften oder ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern dürfen wir daher nicht akzeptieren. Das zerstört den Zusammenhalt. Und deshalb braucht der Staat auch das Personal und die Mittel, um das zu unterbinden.

Ich will dafür sorgen, dass wir die Polizei in den Aufgaben stärken, die sie schon jetzt meistert. Dabei geht es mir zum Beispiel um die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bezirksbeamtinnen und -beamten, denn sie sorgen mit ihrer wertvollen Arbeit für Nähe zwischen Polizei und Bevölkerung. Zugleich geht es aber auch darum, die Polizei besser für die Zukunft aufzustellen. Hierfür müssen wir die Einstellungszahlen weiter aufstocken, damit der hohe Mehrarbeitsstunden-Berg abgebaut und die neuen Aufgaben adäquat und mit ausreichend Personal gelöst werden können. Wichtig ist mir zudem, dass wir im Rahmen der bewährten Polizeiausbildung geeignete Fördermaßnahmen entwickeln, um die hohe Abbrecherquote zu reduzieren. Das ist das Fundament dafür, um die Einstellungszahlen aufzustocken.

Als Ministerpräsident möchte ich zudem für eine zeitgemäße Ausrüstung unserer Polizei sorgen: In einer zunehmend digitalisierten Welt darf die Polizei in ihrer technischen Ausstattung nicht hinterherhinken. Im Gegenteil: Um Verbrechen und Kriminalität wirksam verhindern zu können, müssen wir mehr Geld in die Ausstattung investieren. Dabei müssen wir ein noch stärkeres Augenmerk auf die Bekämpfung von neuen Kriminalitätsformen und die Möglichkeit der digitalen Fahndung richten. Ein NRW von Morgen braucht eine starke Polizei. Und diese benötigt neben der Aufstockung von Personal und Material vor allem eine klare Vertretung nach außen – auch deshalb ist die Arbeit der GdP so wertvoll.

Polizei bestmöglich unterstützen und optimal aufstellen

von **Joachim Stamp**,
Landesvorsitzender der FDP

Für uns als FDP ist klar: Sicherheit dient der Freiheit. Und um unsere Freiheit bestmöglich schützen zu können, brauchen Sie als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die verlässliche Unterstützung und das Vertrauen der Politik. Seien Sie versichert: Wir Freie Demokraten stehen fest an Ihrer Seite.

In den vergangenen Jahren haben wir die nordrhein-westfälische Polizei materiell, finanziell und personell besser aufgestellt – unter anderem mit funktionaleren Streifenwagen, einer modernen IT, besserer Schutzausstattung und mit Rekord-Einstellungszahlen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Zudem haben wir Freie Demokraten die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten im Streifendienst der Polizei NRW erfolgreich durchgesetzt und werden die Taser zur Eigensicherung der Beamtinnen und Beamten künftig flächendeckend zur Verfügung stellen.

Uns ist bewusst, dass die Belastungssituation nach wie vor sehr hoch ist. Eine ausreichende Bewerberlage vorausgesetzt, wollen wir die Einstellungszahlen bei der Polizei auf 3 000 Neueinstellungen pro Jahr steigern. Denn nur genug Personal schafft Entlastung und sichert verlässliche polizeiliche Arbeit auch in Zukunft. Der hohen Abbrecherquote im Polizeistudium wollen wir mit verbesserten Beratungs- und Unterstützungsangeboten noch stärker entgegentreten. Die Zahl der Regierungsbeschäftigten im Polizeidienst wollen wir beibehalten.

Der Beruf des Polizisten oder der Polizistin ist oftmals ein echter Knochenjob. Diese Einsatzbereitschaft muss das Land als Arbeitgeber nicht nur in Wort, sondern auch in Tat wertschätzen. Die in dieser Legislatur begonnene Offensive zur Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes kann nur ein erster Einstieg sein. Wir wollen deshalb das Zulagensystem überarbeiten und fairer gestalten, Langzeitarbeitskonten flexibilisieren und wir machen uns für eine Aufhebung des Deckelungsbeschlusses stark. Fachkarrieren bei der Polizei wollen wir gezielt fördern.

Zahlreiche Straftaten und kriminelle Aktivitäten finden heutzutage im Digitalen statt. Wir setzen uns daher für modernste Technik und zusätzliches Personal ein. Als zentralen Baustein für Effizienz und Kompetenz in der digitalen Strafverfolgung wollen wir das Cybercrime-Kompetenzzentrum NRW weiter stärken.

Ganz grundsätzlich gilt: Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gebührt mehr Respekt, Wertschätzung und Schutz. Wer für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt, muss auch selbst geschützt werden. Beleidigungen und Angriffe wollen wir konsequent und schnell verfolgen.

Für Ihren herausragenden Einsatz danke ich Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich!





Gute Arbeitsbedingungen sind Wertschätzung und Voraussetzung für die besten Leistungen

von **Mona Neubaur**

Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Mitglieder der GdP NRW, damit die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ihren komplexen Aufgaben gerecht werden kann, muss sie gut ausgebildet, technisch gut ausgestattet und personell gut aufgestellt sein. Dafür wollen wir die hohen Einstellungszahlen verstetigen und die hohe Drop-Out-Quote senken, damit nicht länger 20 Prozent der Kommissarsanwärterinnen und -anwärter im Studium ausscheiden. Gute Arbeitsbedingungen sind Wertschätzung und Voraussetzung für die besten Leistungen für unsere Gesellschaft. Darum wollen wir Lebensarbeitszeitkonten mit fairen Bedingungen für die Polizei einführen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir zum Beispiel wie auf der Bundesebene die Reduzierung der Arbeitszeit ermöglichen. Wir erkennen die Leistungen von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern an und werden sie deshalb nicht bei der Übertragung von Tarifergebnissen abkoppeln. Der Deckelungsbeschluss bei der Kripo muss als ein Baustein zur Stärkung der Kripo endlich angehoben werden, damit Fachkarrieren möglich sind. Die sogenannte Attraktivitätsoffensive von CDU und FDP ist gnadenlos gescheitert. Wir stehen für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften. So schaffen wir gemeinsam einen attraktiven und zukunftsfesten öffentlichen Dienst. Gewalt und Kriminalität im Netz werden eine zunehmend große Herausforderung bleiben. Nur mit einer guten technischen Ausstattung lassen sie sich bekämpfen. Auch Kindesmissbrauchsdarstellungen nehmen seit Jahren deutlich zu. Klar ist: Hinter jeder Darstellung steht ein real missbrauchtes Kind. Deshalb muss der kriminalstrategische Schwerpunkt zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch bestehen bleiben. Cyberangriffe und Spionage im Netz erfolgen durch Private und Staaten. Putins grausamer Angriffskrieg auf die Ukraine wird von russischer Desinformation begleitet. Hass und Hetze finden täglich in sozialen Medien und Online-Foren statt. Gerade von Rassismus betroffene Männer und Frauen werden oft zum Ziel von Hatespeech. Daher wollen wir das Cybercrime-Kompetenzzentrum beim LKA NRW und die ZAC NRW ausbauen. Mir ist es wichtig, dass wir Kriminalität immer auch aus Sicht der Opfer betrachten. Es gilt, alle Menschen in NRW zu schützen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter oder Einkommen. Für Ihren Einsatz gebührt Ihnen Dank und gute Arbeitsbedingungen. Diese möchten wir Ihnen ermöglichen.

Zukunft gestalten



Landesdelegiertentag berät fast 300 Anträge

Die Gesellschaft wandelt sich, die Polizei auch: Wie soll sich die GdP künftig aufstellen? Was wollen wir beamten-, besoldungs- und tarifrechtlich für unsere 46 000 Mitglieder erreichen? Auf dem Landesdelegiertentag werden Weichen für die Zukunft gestellt. Auch dieses Mal ist die Tagesordnung mit fast 300 Anträgen prall gefüllt – eine Auswahl:

- Aus der Diskussion um die Anerkennung von Corona-Infektionen als Dienstunfall ist ein Leitantrag des Geschäftsführenden Landesvorstandes hervorgegangen (B 15). Wer im Dienst verunglückt, braucht Handlungssicherheit. Es darf nicht sein, dass Entscheidungen über die Anerkennung von Dienstunfällen ewig auf sich warten lassen. Es darf nicht sein, dass die Qualität der Dienstunfallbearbeitung als „sehr schwankend“ wahrgenommen wird. Der Antrag fordert eine Zentralstelle für die Bearbeitung von Dienstunfällen und will das bei der Bundespolizei eingeführte Modell von „Durchgangsärzten“ auch für die Polizei in NRW übernehmen. In den Behörden sollen „Dienstunfall-Lotsen“ eine Art Kümmerer sein und Betroffene durchs Verfahren begleiten.



Zukunft gestalten

- Arbeitszeit, Zulagen, die Einführung eines Ruhestandskorridors, bessere Aufstiegsperspektiven und vieles mehr: Ein Leitantrag des Geschäftsführenden Landesvorstandes zum Beamtenrecht (Antrag B 01) setzt Eckpfeiler für einen „attraktiven, gesundheitschonenden und wertschätzenden öffentlichen Dienst“. Zentral ist, dass die überlange Wochenarbeitszeit von 41 Stunden endlich reduziert wird. Fast 20 Jahre eingefrorene Zulagen müssen angepasst und der schädliche Deckelungsbeschluss abgeschafft werden. Der Handlungsdruck für den öffentlichen Dienst ist groß, nachdem eine „Attraktivitätsoffensive“ der amtierenden Landesregierung krachend gescheitert ist.



- „Mit rund 16 000 Beamtinnen und Beamten in NRW ist der Wach- und Wechseldienst das Rückgrat der polizeilichen Präsenz rund um die Uhr“, heißt es in einem weiteren Leitantrag des Geschäftsführenden Landesvorstandes (B 07). Auch hier gibt es dringenden Modernisierungsbedarf: Es geht um flexible Arbeitszeiten, um zeitgemäße Arbeitsplätze (die die Chancen der Digitalisierung nutzen), aber auch um Ruhe und Gemeinschaftszonen und Sporträume in den Wachen, um die schädlichen Folgen des Schichtdienstes abzufedern. „Will die Polizei als attraktiver Arbeitgeber möglichst viele Neueinsteiger für den Beruf begeistern, wird sie sich nach den Bedürfnissen der entsprechenden Generationen richten müssen“, heißt es mahndend in dem Antrag.

- Bei Widerstandshandlungen gebissen oder angespuckt zu werden, ist schon schlimm. Dass geschädigte Polizeibeamte dann teilweise über Monate einen Arzt aufsuchen und sich auf eine mögliche Infektion untersuchen lassen müssen, macht es noch schlimmer. Die Ungewissheit zerrt – für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist die Situation psychisch belastend. Ein Antrag der Kreisgruppe Essen/Mülheim (E 41) fordert, dass hier aus Gründen der Gefahrenabwehr dem polizeilichen Gegenüber eine Blutprobe entnommen werden kann. Infektionen sollen so ausgeschlossen oder früh festgestellt werden.



- Absurd, trotzdem machen immer wieder Tarifbeschäftigte diese Erfahrung: Sie wechseln auf eine höher dotierte Stelle, erleiden aber finanzielle Nachteile, weil sie die Stufe bzw. die Stufenlaufzeit nicht mitnehmen konnten. „Höhergruppierungen müssen sich immer lohnen“ – auf diese einfache, aber wichtige Formel lässt sich der Antrag der KG Rhein-Erft-Kreis bringen (D 10). Der Antrag fordert, dass die jeweilige Stufenlaufzeit bei Höhergruppierung mitgenommen wird.

Zukunft gestalten



- Mitbestimmung ist ein hohes Gut! Es darf nicht sein, dass Behördenleiter den Personalrat mit einem Achselzucken übergehen und so das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) grob missachten. Es passiert aber immer wieder, weil dem LPVG NRW Sanktionsmöglichkeiten fehlen (z. B. Bußgelder), wie sie im Betriebsverfassungsgesetz längst vorgesehen sind. Das muss sich ändern, meint die Kreisgruppe Gelsenkirchen. Sie hat einen entsprechenden Antrag vorgelegt (E 08).



- Der Taser hat sich im Probelauf bewährt. Er hilft, heikle Situationen zu deeskalieren. Jetzt ist es höchste Zeit, dass alle Polizeibehörden damit ausgestattet werden. Ein Antrag des Bezirksverbandes Detmold (E 81) macht Druck: Umgehend müsse der Taser auch im ländlichen Raum eingeführt werden, so die Forderung. „In der Sache der Ausstattung darf es keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der NRW-Polizei geben“, heißt es in dem Antrag.

- Ohne eine nachhaltige personelle Stärkung, ein am Bedarf angepasstes Fortbildungskonzept und eine bessere technische Ausstattung kann die Kripo in NRW in Zukunft nur noch einen Teil der Straftaten verfolgen. Darauf hat die GdP in einem Ende Januar veröffentlichten umfangreichen Positionspapier zur Stärkung der Kriminalpolizei hingewiesen. Die Vorschläge der GdP, wie die Kripo endlich wieder eine Zukunft hat, liegen damit schon vor Beginn des Delegiertentags auf dem Tisch. Trotzdem spielen Kripo-Themen bei den Diskussionen in Düsseldorf eine wichtige Rolle. In einem von der Kreisgruppe Rheinisch-Bergischer Kreis eingebrachten Antrag wird zum Beispiel gefordert, dass K-Wachen auch bei Landratsbehörden verpflichtend eingeführt werden (E 36). Und dass die Vergütung von Rufbereitschaftszeiten in Zukunft mit 1:4 (besser: mit 1:2) erfolgt. In einem weiteren Antrag wird gefordert, dass die Bearbeitung von Asservaten durch das Asservatenmanagementsystem so lange ausgesetzt wird, bis eine alltagstaugliche Version des Programms vorliegt (E 37).



- Eine Lehre aus der Corona-Zeit: Die Kreisgruppe Lippe fordert in einem Antrag, dass die GdP ihre Satzung ergänzt, um Gewerkschaftsarbeit auf Distanz zu ermöglichen. „Eine vortreffliche Berufsvertretung wie die GdP sollte auf derlei Eventualitäten vorbereitet sein und praktikable Wege aufzeigen. Sind diese sogar in der Satzung verankert, sind (vermutlich nicht nur) die Lipper zufrieden“, heißt es in dem charmant formulierten Antrag (F 14).

Zukunft gestalten



Mehr Frauen. Mehr Jüngere

197 Delegierte nehmen am 33. ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP vom 3. – 5. Mai 2022 in Düsseldorf teil. 31 mehr als beim letzten Delegiertentag vor vier Jahren. Hinzu kommen 176 Gastdelegierte. Verantwortlich für die steigende Teilnehmerzahl ist die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Mitgliederzahl. Hatte der Landesbezirk NRW 2018 noch 42 352 Mitglieder, waren es Ende vergangenen Jahres bereits mehr als 46 000. Tendenz weiter steigend. Und mit der steigenden Mitgliederzahl steigt auch die Zahl der Delegierten.

Der Landesdelegiertentag ist in diesem Jahr aber nicht nur größer, sondern er ist auch weiblicher und jünger. Waren 2018 nur 41 der 168 Delegierten Frauen, gibt es in diesem Jahr 63 weibliche Delegierte. Weitere 47 Frauen sind Gastdelegierte. Auch die Zahl der Delegierten, die noch keine 32 Jahre alt sind und deshalb zur Jungen Gruppe gehören, ist gestiegen. Auf 29 Delegierte. Hinzu kommen 40 Mitglieder der Jungen Gruppe, die als Gastdelegierte in Düsseldorf mit dabei sind.

Damit spiegelt die Zusammensetzung des Landesdelegiertentags die Veränderungen bei der Polizei wieder, die in den vergangenen Jahren nicht nur deutlich jünger geworden ist, sondern auch einen steigenden Anteil von Frauen aufweist.

Geht es nach der Jungen Gruppe und der Frauengruppe, soll dieser Prozess beschleunigt werden. In mehreren Anträgen, über die der Landesdelegiertentag entscheiden muss, fordern die beiden Personengruppen, dass sie in Zukunft mehr Delegierte erhalten.



Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Die GdP benennt nicht nur die Herausforderungen bei der Polizei, sondern geht sie an. Ein Blick zurück auf Bilder und Ereignisse, die im kollektiven Gedächtnis nachwirken. Und die zeigen, dass wir etwas bewegen.

Smartphones für alle

Jahrelang hatte die Polizei nicht nur zu kleine Streifenwagen, sondern auch bei anderen Ausrüstungsgegenständen gab es massiven Nachholbedarf. Das hat sich geändert. Der schicke, aber deutlich zu enge BMW Touring wurde durch den Ford S-Max und den Mercedes Vito abgelöst, die schwere Körperschutzausstattung der Bereitschaftspolizei durch eine leichtere KSA ersetzt, die Ausrüstung des Wach- und Wechseldienstes durch eine Außentragehülle ergänzt und die Bodycam flächendeckend eingeführt. Den größten Sprung gab es bei den Smartphones. Im Digitalzeitalter eigentlich ein Must-have – bei der Polizei trotzdem lange Zeit keine Standardausrüstung. Nach dem Wechsel zu Schwarz-Gelb hat sich das geändert. Nach und nach ist für alle Beamten, die operativ tätig sind, ein dienstliches Smartphone eingeführt worden. Mittlerweile sind 32 000 Geräte im Einsatz – ausgerüstet mit eigenen Polizei-Apps, über die viele Funktionen sofort abrufbar sind. Von der online-Überprüfung von Ausweisen bis zur Verkehrsunfallaufnahme.



Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Krachend gescheitert

Ändert sich an den grundlegenden Arbeitsbedingungen nichts, hat der öffentliche Dienst keine Chance, in Zukunft noch genügend gut ausgebildete junge Menschen für sich zu gewinnen. Das weiß auch die schwarz-gelbe Landesregierung.

Trotzdem hat sie die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst krachend scheitern lassen. Inzwischen sagen auch die Politiker, dass das ein Fehler war und geloben Besserung. Für die GdP steht deshalb fest: Die Fortsetzung des Personalaufbaus bei der Polizei alleine reicht nicht. Sondern wir brauchen in der nächsten Legislaturperiode endlich echte Langzeitarbeitskonten bei der Polizei, einen Durchbruch beim Deckelungsbeschluss und einen Abbau der überlangen Arbeitszeit. Egal, wie das Farbenspiel nach der Wahl aussieht.



Corona als Dienstunfall anerkannt



Als Ende 2019 die ersten Nachrichten von einem neuen Virus in Fernsehen auftauchten, war schnell klar, dass der tödliche Erreger auch nach Deutschland kommen wird. Auf die Polizei kam damit eine doppelte Herausforderung zu: Sie musste zum einen mit dazu beitragen, dass die Corona-Auflagen, mit denen die Verbreitung des neuen Virus so lange verzögert werden sollte, bis ein Impfstoff zur Verfügung steht, eingehalten werden. Zum anderen mussten sich die Polizisten selber schützen. Auch dann, wenn sie bei ihren Einsätzen nicht auf Körperabstand achten können. Am Ende hat beides gut geklappt. Die Bereitschaft der Menschen, die Corona-Auflagen mitzutragen, war erstaunlich groß. Und die Zahl der Corona-Erkrankungen unter den Polizistinnen und Polizisten war deutlich niedriger, als zunächst befürchtet. Dass die Entwicklung glimpflich verlaufen ist, ist allerdings nicht der Umsicht des Innenministeriums zu verdanken, sondern vor allem der GdP. Nur weil die GdP und ihre Personalräte immer wieder Druck gemacht haben, sind die Beschäftigten bei der Polizei relativ früh mit Schutzmasken ausgestattet worden. Nur weil die GdP Druck gemacht hat, konnte verhindert werden, dass die Polizisten erst als eine der letzten Berufsgruppen gegen Corona geimpft werden. Am Ende hat NRW bei der Bewältigung der Corona-Pandemie sogar Geschichte geschrieben: Im November 2021 hat das Innenministerium die Corona-Infektion von 20 Polizisten als Dienstunfall anerkannt. Andere Behörden und Länder waren damals noch nicht so weit.

Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Schon die Androhung wirkt

Wäre es nach Innenminister Herbert Reul (CDU) gegangen, hätte es den Taser bei der Polizei in NRW nie gegeben. Zu teuer in der Anschaffung und beim Unterhalt, zu aufwändig bei der Beschulung – so lautete das vernichtende Urteil aus dem Innenministerium. Dass es anders gekommen ist, ist vor allem dem hartnäckigen Drängen der GdP zu verdanken. Erst hat sie dafür gesorgt, dass im Herbst 2020 in vier Polizeibehörden in NRW ein Pilotversuch gestartet worden ist. Dann hat sie mit Unterstützung von Innenpolitikern der beiden Regierungsfractionen dafür gesorgt, dass der Taser zusätzlich nicht nur in den fünf größten Präsidien, sondern auch in einer Reihe kleinerer Landratsbehörden zur Standardausrüstung des Wach- und Wechseldienstes wird. Bis Ende dieses Jahres werden 18 der 47 Kreispolizeibehörden den Taser haben. Dort, wo er bereits eingesetzt wird, wirkt er stark deeskalierend. Genau das hatte die GdP vorausgesagt.



Erst reden, dann roden!



Neue Besen kehren bekanntlich gut. Noch kein Jahr im Amt, hatte die schwarz-gelbe Landesregierung im Sommer 2018 angekündigt, den rechtswidrig besetzten Hambacher Forst durch die Polizei räumen zu lassen, um den Wald für den Braunkohletagebau zu roden. Aus Sicht der GdP ein fragwürdiger Einsatz, weil bereits vor der Räumung ernsthafte Zweifel bestanden haben, ob der Hambacher Forst für die Energiegewinnung überhaupt benötigt wird. Unter der Überschrift „Erst reden, dann roden!“ hat die GdP deshalb die Landesregierung bereits im August 2018 – noch vor Beginn des Räumungseinsatzes – aufgefordert, die Polizei nicht ohne Not in einem politisch aufgeheizten Konflikt zu verschleißen. Wäre Reul der Aufforderung gefolgt, wäre der Polizei einer der größten Polizeieinsätze der vergangenen Jahrzehnte erspart geblieben. Immer wieder war es dabei zu massiven Gewaltattacken der Waldbesetzer auf die vor Ort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen gekommen. Ein Journalist kam bei einem Klettereinsatz ums Leben. Am Ende blieb der Wald stehen, weil die Politik einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung beschlossen hat. Zuvor hatten mehrere Gerichte die Räumung für rechtswidrig erklärt.

Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Rechtsextreme Chats von Polizisten



Das Entsetzen war groß, als Innenminister Herbert Reul im September 2020 erstmals von rechtsextremen Netzwerken innerhalb der Polizei berichtet hat. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Polizei. In den Chats waren Hitler-Bilder und Zeichnungen aufgetaucht, die Flüchtlinge in Gaskammern zeigen. Die GdP hat umgehend klargestellt, dass für Rechtsextremisten kein Platz in der Polizei ist. Wer rechtsextreme Bilder teilt, muss die Polizei verlassen.

Zugleich hat sich die GdP aber gegen den von Reul verbreiteten Eindruck verwehrt, große Teile der NRW-Polizei seien rechtsextrem unterwandert. Die GdP hat gefordert, dass erst der Sachverhalt aufgeklärt werden muss, bevor einzelne Beschuldigte ohne hinreichenden Anfangsverdacht vom Dienst suspendiert werden.

Ein im März 2021 veröffentlichtes Lagebild über „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei“ kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie die GdP. Das Lagebild zeigt, dass es in NRW Polizisten gibt, die rechtsextremen Positionen nahestehen. Aber es zeigt auch, dass es sich dabei nicht um ein Massenphänomen handelt. Bei 16 der 31 zunächst beschuldigten Beamten war zu diesem Zeitpunkt die Suspendierung bereits aufgehoben.

Trotzdem ist für die GdP jeder einzelne Fall ein Fall zu viel. Sie hat deshalb früh darauf gedrängt, dass Polizisten besser gegen rechtsextreme Einflüsterungen immunisiert werden. Durch ein Arbeitsklima, in dem die Belastungen des Berufsalltags thematisiert werden können, ohne dass dies sofort zu beruflichen Nachteilen führt. Und durch ein besseres Schulungs- und Betreuungskonzept.

Bis an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit

Ein Hochwasser dieses Ausmaßes hätte niemand vorher für möglich gehalten. 180 Menschen sind im Juli 2021 bei der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und in NRW ums Leben gekommen. Tausende haben ihre Wohnung und ihre berufliche Existenz verloren. Auch, weil die Katastrophenmeldungen von den Behörden nicht rechtzeitig weitergegeben worden sind. Zu den ersten, die im Katastrophengebiet eingetroffen sind, gehörten auch die Kräfte der Bereitschaftspolizei. Über Wochen waren sie immer wieder in den überfluteten Orten im Einsatz. Oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit. Viele hat die Flutkatastrophe auch persönlich bewegt. Über ein Spendenkonto, das der Landesbezirk unmittelbar nach der Flutkatastrophe eingerichtet hat, sind tausende von Euro eingegangen, mit denen Kolleginnen und Kollegen unterstützt worden sind, die selber Opfer der Flutkatastrophe geworden sind. Und die GdP hat dafür gesorgt, dass die Flutopfer von der Arbeit freigestellt worden sind, um erst einmal ihren Alltag neu organisieren zu können.



Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Ganz NRW ist Grün!

Eigentlich hätten die Beschäftigten bei der Polizei bereits im Mai 2020 die Personalräte für die kommenden vier Jahre wählen sollen, doch dann kam Corona und die Wahl musste mitten im bereits laufenden Wahlkampf um ein ganzes Jahr auf Mai 2021 verschoben werden. Entsprechend groß war die Spannung, wie das Ergebnis am Ende aussehen wird. Auch, weil die GdP in den beiden vorangegangenen Personalratswahlen, 2012 und 2016, ein Top-Ergebnis erzielt hat. 2016 hatte die GdP nicht nur 11 der 15 Sitze im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) gewonnen, sondern auch in 44 der 47 Kreispolizeibehörden und in den drei Landesoberbehörden der Polizei eine Mehrheit geholt. Nur in Wesel, Mettmann und Hörter lagen die beiden konkurrierenden Gewerkschaften vorn.

2021 sollte es noch besser kommen. Als spät abends um 22:00 Uhr in der Wahlkampfzentrale der GdP die letzten Ergebnisse vorlagen, stand endgültig fest: Ganz NRW ist Grün! Erstmals seit Jahrzehnten haben die Kandi-

datinnen und Kandidaten der GdP in allen 50 örtlichen Personalräten die Mehrheit der Sitze erreicht. Am Ende fehlten ganze 30 Stimmen, dann wäre auch der 12. Sitz im PHPR an die GdP gefallen. Ein historischer Wahlsieg, an dem auch im Innenministerium niemand vorbei kommt!



Der Schock von Lügde wirkt nach



Erst Lügde, dann Bergisch Gladbach und Münster – seitdem die Polizei und die Jugendämter der Kommunen genauer hinschauen, ist offensichtlich, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern längst ganz andere Dimensionen erreicht hat, als das selbst Fachleute lange Zeit für möglich gehalten haben. Oft

stoßen die Ermittler auf hunderte von Tatverdächtigen, die in geschlossenen Chatgruppen tausende Gigabyte an Bilddaten mit Missbrauchsszenen untereinander getauscht haben. Weil sich die Täter mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden kaum aufspüren lassen, hat Innenminister Herbert Reul unmittelbar nach Bekanntwerden des Missbrauchsskandals von Lügde die Polizeiarbeit vollkommen neu aufgestellt. Die Ermittlungskapazitäten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern wurden nicht nur deutlich ausgeweitet, sondern auch weitgehend zentralisiert. Wer schwerpunktmäßig bei der Verfolgung der Missbrauchsfälle eingesetzt ist, kann sich auch mal eine Auszeit nehmen, wenn sich die Flut der Bilder nicht mehr aushalten lässt. Und es gibt eine eigene KiPo-Zulage. Eine Entwicklung, die von der GdP ausdrücklich unterstützt worden ist. Allerdings hapert es bei der Umsetzung. Noch immer bekommen nicht alle mit den Missbrauchsfällen befassten Kolleginnen und Kollegen die KiPo-Zulage. Noch immer geht Täter- vor Opferschutz, wenn es um die IP-Adressen von Tatverdächtigen geht.

Starke Bilanz. Bleibende Eindrücke

Nachzahlung von mehreren Tausend Euro

In mehr als 2 000 Fällen pro Jahr unterstützt der Landesbezirk NRW seine Mitglieder mit Rechtsschutz, wenn es für sie darauf ankommt. Dabei geht es nicht nur um entgangene



Beförderungen und um die Abwehr unberechtigter Beschuldigungen, sondern auch um die Nachzahlung von Tausenden von Euro an Gehaltsansprüchen, die der Dienstherr den Beschäftigten vorenthält. Deshalb führt die GdP auch Musterklagen und geht dabei, wenn es sein muss, bis vor die höchsten deutschen Gerichte.

Dass das Bundesverfassungsgericht 2020 entschieden hat, dass die Besoldung von Beamten mit mehreren Kindern dem Prinzip der amtsangemessenen Alimentation widerspricht, ist auch der GdP zu verdanken. Für die Betroffenen führte das Urteil zum Teil zur Nachzahlung von mehreren zehntausend Euro. Im Februar 2022 hat zudem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass bei Großeinsätzen die Bereitschaftszeiten der Polizei 1:1 als Arbeitszeit anerkannt werden müssen. Im Verfahren ging es um die Castor-Transporte vor zehn Jahren. Auch hier muss das Land nachzahlen.

GdP kann auch Warnstreik

„Geht’s noch!?“ unter diesem Motto ist die GdP in die Tarifrunde 2021 gestartet. Das Ziel: Fünf Prozent mehr, mindestens aber 150 Euro für jeden. Der Abschluss blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Zwar konnte der Versuch der Arbeitgeber, die Eingruppierung der Beschäftigten deutlich zu verschlechtern, abgewehrt werden, aber real gibt’s nur ein Plus von 2,8 Prozent. Und die auch erst nach 14 Monaten

Nullrunde, ab Dezember 2022. Vorher gibt es lediglich eine Corona-Prämie von 1.300 Euro netto. GdP-intern hat der Tarifabschluss für erheblichen Unmut gesorgt. Auch weil bei der Übernahme des Abschlusses für die Beamtinnen und Beamten die Versorgungsempfänger bei der Corona-Prämie außen vor geblieben sind.

Dass der Tarifabschluss nicht höher ausgefallen ist, hängt vor allem mit der durch die Corona-Pandemie stark eingeschränkten

Streikfähigkeit der Gewerkschaften zusammen. Trotzdem hat die Tarifaueinandersetzung 2021 etwas Positives: Erstmals seit Jahrzehnten hat der Landesbezirk in der Tarifaueinandersetzung die eigenen Mitglieder nicht nur zu Aktiven Mittagspausen und zu einer Großdemonstration in Düsseldorf aufgerufen, sondern auch zu echten Warnstreiks! Ein Aufruf, der auf viel Resonanz bei den Mitgliedern gestoßen ist.



Jetzt geht's los!



Bei der GdP stehen die Mitglieder im Vordergrund. Deshalb startet der Landesdelegiertentag 2022 mit einem kurzen Film, in dem die Mitglieder von den Themen und Ereignissen erzählen, die für sie in den vergangenen vier Jahren wichtig waren. Und von ihren Erwartungen an die Zukunft.

Vom Gänsehautmoment bei der Personalratswahl, als plötzlich ganz NRW grün geworden ist, bis zum ersten eigenen Taser-Einsatz, der Schlimmeres verhindert hat. Vom massiven Arbeitsdruck bei der Kripo über die neue KSA für die Bereitschaftspolizei bis zur Entdeckung des Homeoffice bei der Polizei. Und es geht um die überwältigende Solidarität der Kolleginnen und Kollegen nach der verheerenden Flutkatastrophe.

Gedreht worden ist der Film unter Corona-Bedingungen. In einem kleinen Filmstudio, mitten im Kölner Szene-Viertel Nippes. Unter der Regie eines vierköpfiges Teams des Kölner Filmmachers Walter Korth.

Premiere hat der Film am 3. Mai bei der Eröffnung des Landesdelegiertentags in Düsseldorf. Aber auch wer nicht mit dabei sein kann, kann den Film sehen. Er wird unmittelbar nach der Premiere auf der Homepage des Landesbezirks freigeschaltet: www.gdp-nrw.de

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
www.gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (verantwortlich)
Holger Dumke, Uschi Barrenberg

Fotos

Sven Vüllers, Georg Wessel, Günter Jungmann,
Lukas Maaßen, Stephan Hegger,
Thomas Nowaczyk, Uschi Barrenberg,
Manfred Vollmer, Kreisgruppe Düsseldorf,
Kreisgruppe Hagen

VERLAG

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3 a • 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-0 • av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin Antje Kleuker

Satz Jana Kolfhaus

Druck WIRmachenDRUCK GmbH

Mühlbachstraße 7 • 71522 Backnang

Mai 2022 © 2022, 05/2022/39